

Die demokratische Gesetzlichkeit* im Kampf der Nationalen Front für die Einheit Deutschlands'

Von Max Fechner

Durch den Zusammentritt des sogenannten Deutschen Bundestages und durch die Wahl des Präsidenten und der Regierung dieser angeblich Deutschen Bundesrepublik haben die herrschenden Kreise Amerikas und Englands mit Hilfe deutscher Politiker die erste Etappe ihrer imperialistischen Politik erreicht, nämlich die Spaltung Deutschlands durch die Bildung eines westdeutschen Separatstaates, der als koloniales Randgebiet des Westblocks für die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Absichten der westlichen Kriegstreiber mißbraucht werden soll. Unbegrenzte Besatzung, Rohstoffexport, Drosselung der deutschen Fertigungsindustrie, Zerstörung hochwertiger deutscher Konkurrenzbetriebe, Überfremdung der westlichen Industrie durch ausländisches Kapital, Besatzungsstatut statt Friedensvertrag und Herrschaft der Hohen Kommissare hinter der Fassade eines demokratischen Parlamentarismus, das sind die Kennzeichen der nationalen Unterdrückung, der Bedrohung der nationalen Existenz unseres Volkes. Dieser aggressiven Politik gegenüber gilt es jetzt, in immer stärkerem Umfang den Willen der übergroßen Mehrheit unseres Volkes zum Durchbruch zu bringen, der auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, auf seine nationale Unabhängigkeit, den Abschluß eines Friedensvertrages für ganz Deutschland und Abzug der Besatzungstruppen gerichtet ist.

Diese Forderungen bilden den Inhalt der Nationalen Front, dieser nationalen Selbsthilfe unseres Volkes. Es ist die Aufgabe aller patriotischen Kräfte, die nationale Front in allen Teilen Deutschlands zu einer breiten Massenbewegung zu machen, die fordert und kämpft, die den losgerissenen Westen unseres Landes mit Deutschland wieder vereinigt, ein einiges und unabhängiges Deutschland wiederherstellt und dadurch die bedrohte Existenz der Nation sichert.

In diesem Kampf kommt der sowjetischen Besatzungszone eine hohe Bedeutung zu. Sie bildet die Basis dieses Kampfes um die Einheit Deutschlands, weil hier die nationale Forderung unseres Volkes nicht unterdrückt, sondern von der sowjetischen Besatzungsmacht gefördert wird, deren Politik konsequent auf den Aufbau eines einigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands gerichtet ist. Aber auch deshalb, weil in diesem Teile unseres Landes die Grundsätze verwirklicht wurden, die die Siegermächte im Potsdamer Abkommen als für ganz Deutschland verbindlich erklärt hatten.

Die Festigung der demokratischen Ordnung, die in der Ostzone nach 1945 als das Ergebnis der konsequent durchgeführten Potsdamer Beschlüsse errichtet wurde, ist eng mit der Politik der Nationalen Front verbunden und deshalb für die gesamtdeutsche Entwicklung von großer Bedeutung. Diese Festigung der demokratischen Ordnung und die durch sie bedingte Leistungssteigerung innerhalb der Ostzone sind im Hinblick auf die Entfaltung der Nationalen Front in Westdeutschland von beispielhafter Wirkung und werden es in Zukunft in immer stärkerem Umfange werden.

Deshalb müssen alle Maßnahmen in der Ostzone von der Verantwortung vor der Lösung der Aufgaben der Nationalen Front, der Lösung der gesamtdeutschen Frage, der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands getragen sein.

Aus dieser gesamtdeutschen Konzeption der Politik der Nationalen Front ergibt sich klar der Hauptinhalt

der demokratischen Aufgabe, die in der Ostzone in der gegenwärtigen Periode gelöst werden muß. Es heißt: Festigung und Konsolidierung der fortschrittlichen Errungenschaften, die die demokratischen Kräfte nach 1945 gemeinsam erkämpft haben. Das bedeutet praktisch: Erfüllung und Übererfüllung des Planes, Steigerung der friedlichen Produktion, Steigerung der Rentabilität der volkseigenen Betriebe, Erhöhung der Qualität der Produktion, weitere Entwicklung der Aktivistebewegung und Pflege einer neuen Arbeitsmoral, Hilfe den Neubauern, Ausbau der MAS, Verbesserung der Arbeit der Vereinigung der volkseigenen Güter, Ausbau der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Verbesserung der Warenzirkulation durch Ausbau von Großhandelszentren, Entfaltung des Wettbewerbs im Kleinhandel zwischen privaten Geschäften und Konsumgenossenschaften, ungehinderte Entfaltung der Privatinitiative im Rahmen des Wirtschaftsplanes, Schaffung der Voraussetzungen zum Abbau der Rationierung der Lebensmittel, Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Massen, ihre weitere Heranziehung zur Mitarbeit in allen Zweigen der staatlichen Verwaltungen. Das alles bedeutet Konsolidierung der fortschrittlichen Errungenschaften, bedeutet Festigung der demokratischen Ordnung als Hauptinhalt der demokratischen Aufgabe in der gegenwärtigen Periode.

Es ergibt sich nun die Frage, wodurch die Justiz an der Durchführung dieser Aufgaben mitzuwirken vermag. Welches sind die besonderen Aufgaben der Justiz in der Ostzone bei der Unterstützung des Kampfes der Nationalen Front für die Zurückgewinnung Westdeutschlands?

Diese Aufgabe ist die Sicherung der demokratischen Gesetzlichkeit, die weitere Festigung der demokratischen Rechtsmäßigkeit, der Schutz der fortschrittlichen Errungenschaften durch das demokratische Gesetz. Diese wichtigste Aufgabe der Justiz ist nicht nur für die Festigung der demokratischen Ordnung in der Ostzone unerlässlich, sondern auch von großer politischer Bedeutung im Hinblick auf die Entfaltung der Nationalen Front im losgerissenen Westdeutschland.

Ich habe in meiner Erklärung vom 15. Januar 1949*) den Inhalt der demokratischen Gesetzlichkeit aufgezeigt und auf die Notwendigkeit hingewiesen, die demokratische Rechtsordnung in der sowjetischen Besatzungszone zu festigen.

Die Entwicklung in der zurückliegenden Zeit zeigt eine weitere Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit in der sowjetischen Besatzungszone. Wenn auch die stetige Verringerung der Kriminalität und der Wirtschaftsverbrechen zum großen Teil auf die Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung auf Grund der Übererfüllung des Halbjahresplanes, der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der erfolgreichen Arbeit in der Landwirtschaft zurückzuführen ist, so hat doch die scharfe und gerechte Anwendung der demokratischen Gesetze durch die Gerichte wesentlich zur Minderung, besonders der Wirtschaftsverbrechen, beigetragen. Ferner hat sich seit der Erklärung über die Notwendigkeit der Festigung der demokratischen Rechtsordnung eine engere Zusammenarbeit zwischen den Organen der Justiz, der

*) Neue Justiz S. 1.